

Anlage 1**Ergänzungen zur
Wettbewerbsbekanntmachung
"Neubau Bundesamt für Strahlenschutz in Neuherberg"****II.2) Beschreibung****II.2.4) Kurze Beschreibung**

Das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) ist eine organisatorisch selbständige wissenschaftlich-technische Bundesoberbehörde, die dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) zugeordnet ist. Das BfS arbeitet für die Sicherheit und den Schutz des Menschen und der Umwelt vor Schäden durch ionisierende und nichtionisierende Strahlung. Im Bereich der ionisierenden Strahlung geht es zum Beispiel um die Röntgendiagnostik in der Medizin, die Sicherheit beim Umgang mit radioaktiven Stoffen in der Kerntechnik und den Schutz vor erhöhter natürlicher Radioaktivität. Zu den Arbeitsfeldern im Bereich nichtionisierender Strahlung gehören unter anderem der Schutz vor ultravioletter Strahlung und den Auswirkungen des Mobilfunks.

In dem vorgeschalteten Bewerbungsverfahren sollen bis 25 Bewerber/-gemeinschaften anhand der unter III.1) genannten Kriterien zur Teilnahme ausgewählt werden. Die Auswahl der Teilnehmer erfolgt durch ein Gremium aus Fachleuten, in dem mind. ein von der Ausloberin unabhängiger Architekt oder Architektin vertreten sein wird. Bei gleicher Punktezahl entscheidet das Los. Das Losverfahren findet unter juristischer Aufsicht statt.

Die Auftraggeberin beabsichtigt, für den Fall einer Realisierung, einen Preisträger stufenweise mit den LPH 2-9 des Leistungsbildes Gebäude und Innenräume nach Teil 3, Abschnitt 1 der HOAI 2013 zu beauftragen.

III.1) Kriterien für die Auswahl der Teilnehmer**1. Fristgerechter Eingang der Bewerbung in Schriftform**

Als Bewerbungsunterlage ist der „Teilnahmeantrag“ mit allen erforderlichen Unterlagen in einem verschlossenen Umschlag mit entsprechender Kennzeichnung auf dem Postweg oder direkt bei der Kontaktstelle einzureichen. Nicht rechtsverbindlich unterschriebene sowie nicht fristgerecht eingereichte Teilnahmeanträge bzw. formlose Anträge oder Anträge, die per E-Mail oder Fax eingereicht wurden, werden im weiteren Verfahren nicht berücksichtigt.

2. Vom Bewerber/ Mitgliedern einer Bewerbungsgemeinschaft sind zum Zwecke der Auswahl folgende Angaben und Erklärungen im Teilnahmeantrag auszufüllen und abzugeben.**a) Angaben zu Geschäftssitz und Büroprofil**

Angaben zu Name und Rechtsform, zum bevollmächtigten Vertreter, Ansprechpartner mit E-Mail-Adresse, Gründungsdatum.

b) Angaben zu Inhabern/Partnern

Nachweis der Vertretungsbefugnis der Person, die die Bewerbung unterzeichnet; bei juristischen Personen nach § 43 VgV soweit diese Personen eintragungspflichtig sind (im Falle einer GmbH, z.B. durch die Vorlage des Handelsregistersauszugs). Für Bewerber, die den Nachweis durch einen Handelsregistersauszug oder einen vergleichbaren Nachweis nicht führen können (z.B. Einzelunternehmen, GbR), ist eine Eigenerklärung/Vollmacht einzureichen, aus der die Vertretungsbefugnis der unterzeichnenden Person hervorgeht.

c) Nachweise der beruflichen Qualifikation

Nachweise der beruflichen Qualifikation des Bewerbers bzw. der Mitglieder einer Bewerbungsgemeinschaft (Kopien der Eintragungsurkunde bzw. Bescheinigung einer Listeneintragung in einer Architektenkammer oder, gem. EU-Berufsqualifikationsrichtlinie, entsprechende Studiennachweise inkl. einer eventuell notwendigen, beglaubigten Übersetzungen oder sonstiger Nachweise). Im Fall von juristischen Personen ist der

Nachweis für den bevollmächtigten Vertreter des Unternehmens zu erbringen. Der Nachweis erfolgt zunächst als Eigenerklärung.

Nach Auswahl der Teilnehmer am Wettbewerb werden die entsprechenden Nachweise von den zur Teilnahme am Wettbewerb ausgewählten Bewerbern eingefordert.

- d) Erklärung zur wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit: Gesamtumsatz i.H.v. durchschnittlich 900.000 Euro (netto) pro Jahr für Planungsleistungen der Objektplanung für Gebäude gem. HOAI 2013 in den letzten drei Geschäftsjahren.
- e) Erklärung über die durchschnittlichen Anzahl technischen Mitarbeitern mit akademischem Abschluss (Diplom, MA, BA oder vglb. in einem relevanten Fachgebiet), inkl. Inhabern in den letzten 3 abgeschlossenen Kalenderjahren, die mit entsprechenden Planungsleistungen der Objektplanung bei Gebäuden beschäftigt waren. Mindestanforderung: 5 Mitarbeiter mit Qualifikationsnachweis
- f) Verpflichtungserklärung des Unterauftragnehmers (nur für Bewerbungen mit Unterauftragnehmern)

Ist es beabsichtigt, Unteraufträge zu vergeben, muss die formlose Verpflichtungserklärung des jeweiligen Unterauftragnehmers, rechtsverbindlich unterzeichnet vom Unterauftragnehmer, eingereicht werden.
- g) Eigenerklärung des Bewerbers bzw. der Mitglieder einer Bewerbungsgemeinschaft, dass keine Ausschlussgründe gemäß §123 und 124 GWB vorliegen
- h) Angabe, ob und auf welche Art wirtschaftliche Verknüpfungen zu anderen Unternehmen bestehen bzw. ob oder auf welche Weise sie auf den Wettbewerb bezogen in relevanter Weise mit anderen zusammenarbeiten.
- i) Eigenerklärung des Bewerbers, im Falle der Beauftragung eine objektbezogene Berufshaftpflichtversicherung in Höhe von mindestens 3.000.000 Euro für Personenschäden und 6.000.000 Euro für sonstige Schäden abzuschließen und diese für die gesamte Dauer des Vertrages bis zur vollen Leistungserbringung aufrechtzuerhalten. Die Berufshaftpflichtversicherung muss sich auch auf die Leistungen von Unterauftragnehmern beziehen.
- j) Bewerbungsgemeinschaften haben mit ihrem Teilnahmeantrag eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung über die gesamtschuldnerische Haftung abzugeben, in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der bevollmächtigte Vertreter aufgezeigt ist, der die Mitglieder gegenüber der Vergabestelle vertritt (s. Formblatt III.9).
- k) Vorlage bis max. 4 in der Komplexität vergleichbarer, in den letzten 10 Jahren realisierter Referenzprojekten, die eigenverantwortlich vom Bewerber oder Mitgliedern der Bewerbungsgemeinschaft bearbeitet wurden. Daten der Referenzprojekte: Gesamtbaukosten (KG 300-400) min. 10 Mio. € (brutto). Mindestens ein Neubauprojekt.
- l) Erklärung des Teilnehmers, dass kein Interessenkonflikt gem. §6 VgV besteht
- m) Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 79 Abs. 2 VgV vorliegt
- n) Erklärung, dass kein Teilnahmehindernis gem. §4 Abs.2 RPW vorliegt

Darstellung der eingereichten Referenzen:

Für alle Referenzprojekte sind die Angaben auf dem Teilnahmeantrag ausreichend. Für die Referenz, welches nach Kriterium 7 (Gestalterische Leistungsfähigkeit) bewertet werden soll, ist die Darstellung des Projekts auf max. 2 Seiten DIN A3 (quer) mit erkennbarer gestalterischer und entwurflicher Qualität anhand von Fotos, Grundrissen, Ansichten, sowie zusätzlich als pdf-Datei einzureichen (auf CD oder USB-Stick).

Bewertung der eingereichten Referenzen:

Es können max. 4 Referenzprojekte eingereicht werden. Die Bewertung der Kriterien ergibt sich aus der Matrix. Die jeweils erreichten Punkte werden mit dem Gewichtungsfaktor des jeweiligen Kriteriums multipliziert (s. Anlage 2 – Bewertungsmatrix).

Zur Technischen Leistungsfähigkeit:

Alle eingereichten Referenzprojekte werden nach den Kriterien 1 bis 6 bewertet. Die jeweils höchste Teilwertung aus den einzelnen Referenzprojekten fließt in die Gesamtbewertung mit ein. Bei Kriterium 2 (LPH) kann die maximale Höchstpunktzahl (5 Punkte bei LPH 2-8) auch durch die Kombination mehrerer Referenzprojekte (per Kombination der LPH 2-5 und LPH 6-8) erreicht werden.

Kriterium 1

Projekttyp d.h. Komplexität der Planungsanforderung durch Nennung der Honorarzone (2-fach),

Kriterium 2

Leistungsbild, ausgedrückt durch Nennung der bearbeiteten Leistungsphasen (2-fach)

Kriterium 3

Projektgröße durch Nennung der NUF, BGF oder Baukosten KG 300-400 (1-fach),

Kriterium 4

Aktualität des Projekts durch Nennung des Jahres des Abschlusses der vom Bewerber eigenverantwortlich erbrachten Leistungen (2-fach),

Kriterium 5

Vergleichbarkeit hinsichtlich Nutzung und Größe (2-fach). (Bewertung erfolgt auf ein im Hinblick auf die Bauaufgabe vergleichbares, fertiggestelltes Projekt mit Laborflächenanteil)

Kriterium 6

Nachhaltiges Bauen (Bewertung hinsichtlich Erfahrungen beim Bauen mit dem Thema Nachhaltiges Bauen in Bezug auf die gestellte Bauaufgabe) (1-fach).
Bewertet werden die Erfahrungen in der Anwendung von Zertifizierungssystemen (z.B. DGNB, BNB, ÖGNI oder LEED) bzw. in deren sinngemäßer Anwendung, oder der Einsatz von regenerativer Energien (z.B. Photovoltaik-, Solaranlage, Wärmepumpe, etc.) i.V.m. einer Unterschreitung der EnEV-Anforderungen.

Zur Gestalterischen Leistungsfähigkeit:Kriterium 7

Ein Referenzobjekt wird auf die gestalterische und entwurfliche Qualität bewertet (5-fach).

Die Festlegung welches der eingereichten Referenzobjekte gewertet werden soll, kann vom Bewerber getroffen werden. Andernfalls trifft die Festlegung ein Auswahlgremium, dem mind. ein vom Preisgericht und von der Auftraggeberin unabhängiger Architekt oder Architektin angehört.

III.2) Bedingungen für den Auftrag

III.2.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Der Zulassungsbereich umfasst die Staaten des EWR, sowie die Staaten der Vertragsparteien des WTO-Übereinkommens über das öffentliche Beschaffungswesen (GPA). Teilnahmeberechtigt sind natürliche Personen, die am Tage der Bekanntmachung nach den Rechtsvorschriften zur Führung der Berufsbezeichnung „Architekt“ gem. Art. 1 Abs. 1 oder Art. 2 BauKaG berechtigt sind. Sofern in dem jeweiligen Heimatstaat die Berufsbezeichnung gesetzlich nicht geregelt ist, so erfüllt die Anforderungen, wer über ein Diplomprüfungszeugnis oder sonstigen Befähigungsnachweis verfügt, dessen Anerkennung über die Richtlinie 2005/36/EG (EU-Berufsqualifikationsrichtlinie) gewährleistet ist.

Teilnahmeberechtigt sind darüber hinaus juristische Personen, sowie Bewerbergemeinschaften sowohl natürlicher als auch juristischer Personen. Juristische Personen haben einen bevollmächtigten Vertreter zu benennen, der für die Wettbewerbsleistung verantwortlich ist. Der bevollmächtigte Vertreter sowie der

(die) verantwortliche(n) Verfasser der Wettbewerbsarbeit müssen die Anforderungen erfüllen, die an natürlichen Personen als Teilnehmer gestellt werden.

Die Teilnehmer haben ihre Teilnahmeberechtigung eigenverantwortlich zu prüfen.

Teilnahmehindernisse sind die unter § 4 Abs. 2 der RPW 2013 sowie §6 und §7 VgV beschriebenen.

Die Teilnahmeberechtigung der Verfasser wird nach der Preisgerichtssitzung nochmals überprüft.

VI.3) Zusätzliche Angaben:

1. Fristwahrung und Nachforderung

Nicht fristgerecht eingegangene oder formal nicht ordnungsgemäße Teilnahmeanträge bleiben unberücksichtigt. Die Ausloberin behält sich vor fehlende Unterlagen nachzufordern. Die Bewerbungsunterlagen werden nicht zurückgegeben. Anspruch auf Kostenerstattung im Teilnahmewettbewerb besteht nicht.

2. Mehrfachbeteiligungen

Mehrfachbeteiligungen einzelner Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft im Wettbewerb sind unzulässig und führen zur Nichtberücksichtigung sämtlicher betroffener Bewerbergemeinschaften im weiteren Verfahren.

3. Eignungskriterien im anschließenden Verhandlungsverfahren

Im Zuge der Einladung zum anschließenden Verhandlungsverfahren wird eine Eignungsprüfung durchgeführt. Für die Eignungsprüfung haben die zum Verhandlungsverfahren einzuladenden Preisträger des Wettbewerbs die folgenden Nachweise zu erbringen:

- a) Nachweise der beruflichen Qualifikation gem. III.1.10 A 2c). eines Mitglieds einer Bietergemeinschaft oder eines Unterauftragnehmers, der im Wege der Eignungsleihe gemäß § 47 VgV nach dem Wettbewerb und vor dem Verhandlungsverfahren einer Bietergemeinschaft (später dann ggf.: Arbeitsgemeinschaft) hinzugefügt wird.
- b) Nachweis des Bewerbers, im Auftragsfall eine objektbezogene Berufshaftpflichtversicherung entsprechend III.1.10 A 2g) abzuschließen. Der Nachweis kann auch durch eine Erklärung des Versicherungsunternehmens erfüllt werden, mit der dieses den Abschluss der geforderten Berufshaftpflichtversicherung mit den geforderten Deckungssummen im Auftragsfall zusichert.

Bei Versicherungsverträgen mit Pauschaldeckung (also ohne Unterscheidung nach Personen- und Sachschäden bzw. sonstigen Schäden) ist eine Erklärung des Versicherungsunternehmens erforderlich, dass beide Schadenskategorien im Auftragsfall parallel zueinander mit den geforderten Deckungssummen abgesichert sind.

- c) Nachweis zur wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit: Gesamtumsatz i.H.v. durchschnittlich 900.000 Euro (netto) pro Jahr für Planungsleistungen der Objektplanung für Gebäude gem. HOAI 2013 in den letzten drei Geschäftsjahren.
- d) Nachweis einer durchschnittlichen Anzahl von 5 angestellten technischen Mitarbeitern mit akademischem Abschluss (Diplom, MA, BA oder vglb. in einem relevanten Fachgebiet), inkl. Inhabern in den letzten 3 abgeschlossenen Kalenderjahren, die mit entsprechenden Planungsleistungen der Objektplanung bei Gebäuden beschäftigt waren.

Sollten die Eignungskriterien c) und d) vom Bewerber (dann: Bieter) bzw. der Bewerbergemeinschaft (dann: Bietergemeinschaft) nicht erfüllt werden können, besteht die Möglichkeit, nach Abschluss des Wettbewerbs und vor Beginn des Verhandlungsverfahrens, die fehlende Eignung im Wege der Eignungsleihe gemäß § 47 VgV nachzuweisen. Auf diese Möglichkeit wird, insbesondere im Hinblick auf die Berücksichtigung von Berufsanfängern und kleineren Büros, besonders hingewiesen.

4. Vertragsgrundlage

Vertragsgrundlage werden im Auftragsfall das Vertragsmuster sowie die Allgemeinen Vertragsbedingungen (AVB) des Auftraggebers.

Hinweis zu IV.3.3): Folgeaufträge gem. § 8 Abs. 2 RPW 2013